

16.02

Abgeordnete Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Matznetter, ich bin davon überzeugt, dass Kinder nicht ausschließlich oder überhaupt nicht dadurch lernen, dass man sie auf heiße Herdplatten greifen lässt, ganz und gar nicht, sondern es geht darum, klare Argumente dafür zu finden, warum sie es nicht tun sollen.

Damit die Brücke zum Bundesfinanzrahmengesetz spannend: Dieses legt natürlich die Obergrenzen fest, Herr Minister, keine Frage, aber es sind auch politische Schwerpunkte, die damit gesetzt werden. Das wurde hier zur Genüge diskutiert.

Schauen wir uns die großen Linien an, die großen Fragen, mit denen wir uns tatsächlich beschäftigen müssen. Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit sind jene Bereiche, die uns näher sind als je zuvor. Die Auswirkungen von kriegerischen Auseinandersetzungen, die Auswirkungen dieser Fantasie des grenzenlosen Wachstums auf dieser Welt, gerade vonseiten der Industriestaaten, die Auswirkungen der Ausbeutung von Mensch und Umwelt spüren wir tagtäglich, und zwar nicht nur in unserer Politik, sondern auch in unserem alltäglichen Leben.

Der Schnellebigkeit der Globalisierung werden wir nicht so schnell Herr. Da hinken wir ganz klar nach, und es sollte eigentlich auch ein Schwerpunkt dieses Bundesfinanzrahmens sein, dem entgegensteuern zu können, sei es auf österreichischer Ebene, auf europäischer Ebene, aber in erster Linie auch auf internationaler Ebene.

Ein Beispiel würde ich gern nennen, nämlich Äthiopien. Dort herrscht große Dürre. Anscheinend gibt es dort seit zwei Jahren keinen Regen mehr. Der Kampf um Wasser, um Nutztiere, darum, dass einfach eine Überlebensexistenz da ist, ist von den Menschen vor Ort tagtäglich zu führen. Aber nicht nur in Äthiopien, da geht es insgesamt um Ostafrika, aber auch um das südliche Afrika.

Es liegt auch in unserer Verantwortung, diesen Menschen eine Lebensgrundlage zu geben, damit sie dort, wo sie aufgewachsen sind, wo sie ihre Wurzeln haben, wo auch ihre Heimat ist, tatsächlich leben können. Dafür ist Europa, aber auch in erster Linie Österreich mitverantwortlich.

Das Budget für die Entwicklungszusammenarbeit soll erhöht werden, in erster Linie für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Das klingt auf den ersten Blick sehr gut. Bei genauer Betrachtung muss man aber einiges kritisch anmerken: 2008 gab es noch

100 Millionen € für die Entwicklungszusammenarbeit. Dieser Betrag ist zuletzt auf 77 Millionen € gesunken, und jetzt sollen bis 2021 154 Millionen € für die direkte Entwicklungszusammenarbeit ausgeschüttet werden. Das sind 15,5 Millionen € pro Jahr zusätzlich.

Die ADA, jene Agentur, die für die Abwicklung der Projekte im Sinne der bilateralen Zusammenarbeit, gerade mit dem globalen Süden, mit Ländern, aber auch mit NGOs und Projektpartnern vor Ort, zuständig ist, wurde für eine Summe von 200 Millionen € konzipiert. Ansonsten würde es sich auch nicht auszahlen, eine Gesellschaft auszulagern und zu sagen: Ihr macht jetzt abseits des Außenministeriums die Projekte. Wir sind weit entfernt von 200 Millionen € im Jahr, und seit über zehn Jahren warten wir darauf. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt betrifft die Einhaltung der internationalen Vereinbarung, sprich 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die gesamte Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe auszugeben. Das würde dem gesamten globalen Süden immens helfen. Das würde möglicherweise nicht nur die Fluchtgründe eindämmen, sondern auch tatsächlich Lebensgrundlagen für Menschen im globalen Süden schaffen.

Das heißt, eine stärkere Erhöhung ist angebracht, nämlich weit mehr als 15 Millionen € im Jahr, um den Menschen vor Ort tatsächlich zu helfen. Es ist unsere Verpflichtung, gerade angesichts der Schnellebigkeit der Globalisierung und der Ausbeutung von Mensch und Natur, hier einzugreifen. *(Beifall bei den Grünen.)*

16.06

Präsidentin Doris Bures: Als Nächste gelangt Frau Abgeordnete Maurer zu Wort. – Bitte.